

Systeme der sozialen Sicherheit und die Alterung der Bevölkerung: Zehn zentrale Fragen

Ein Beitrag
der Internationalen Vereinigung für Soziale
Sicherheit anlässlich der Durchführung
des Internationalen Aktionsplans
zu Fragen des Alterns



Genf, 2003



In englischer Sprache erhältlich unter dem Titel:

Ageing and Social Security: Ten Key Issues

In französischer Sprache erhältlich unter dem Titel:

**Les systèmes de sécurité sociale face au vieillissement de la population:
dix questions clés**

In spanischer Sprache erhältlich unter dem Titel:

**Los sistemas de la seguridad social frente a poblaciones longevas:
Diez cuestiones críticas**

Dieser Bericht ist ein Beitrag der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) zur Durchführung des Internationalen Aktionsplans zu Fragen des Alterns, 2002. Eine frühere Fassung (nur auf englisch und spanisch erhältlich) dieses Berichts wurde als Beitrag der IVSS anlässlich der *Zweiten Weltversammlung zu Fragen des Alterns*, die in Madrid im April 2002 stattfand, bei der UNECE Ministerkonferenz zu Fragen des Alterns im September 2002 in Berlin und beim Regionalseminar für Asien und Pazifik im September 2002 in Shanghai, China, vorgetragen. Dieser Beitrag wurde von Christina Behrendt, Beraterin bei der IVSS, unter der Leitung von Roland Sigg, Leiter der Forschungsabteilung der IVSS, verfasst. Wir möchten Dalmer D. Hoskins, Roddy McKinnon und Lucy apRoberts für deren Kommentare zu diesem Bericht danken.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit
Case postale 1
CH-1211 Genf 22
www.issa.int

Tel: +41 22 799 6617
Fax: +41 22 799 8509
E-mail: issa@ilo.org

Systeme der sozialen Sicherheit und die Alterung der Bevölkerung: Zehn zentrale Fragen

Ein Beitrag der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit anlässlich der Durchführung des Internationalen Aktionsplans zu Fragen des Alterns, 2002

Überblick

1. Beschäftigung: Der Schlüssel zu einer nachhaltigen sozialen Sicherung	3
2. Umkehr des Trends zur Frühverrentung	7
3. Die Herausforderungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse	10
4. Begrenzung von individuellen Risiken in der Altersvorsorge.....	12
5. Sicherung eines angemessenen Einkommens im Alter	15
6. Die sich wandelnde Rolle des Staates bei der Altersvorsorge	17
7. Gleichstellung der Geschlechter in Rentensystemen.....	19
8. Sicherung von Gesundheitsversorgung und Pflege in einer alternden Bevölkerung	21
9. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen	25
10. Soziale Sicherung als Voraussetzung für aktives Altern	28

Eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte besteht in der Sicherung eines angemessenen Einkommens der älteren Menschen von morgen, ohne die Fähigkeiten jüngerer Generationen dafür übermäßig zu beanspruchen. Von welcher Bedeutung das Altern der Bevölkerung für die kommenden Jahrzehnte ist, wurde von der Zweiten Weltversammlung zu Fragen des Alterns in Madrid und im Madrider Internationalen Aktionsplan 2002 zur Frage des Alterns unterstrichen.

Angesichts der überall auf der Welt alternden Bevölkerungen nimmt die Besorgnis darüber zu, ob die Sozialschutzsysteme diesen Herausforderungen gewachsen sein werden. Viele der Diskussionen über Rentenreformen und Kosteneindämmung im Gesundheitswesen drehten sich in den letzten Jahren um deren wirtschaftliche Nachhaltigkeit angesichts alternder Bevölkerungen. Die Finanzierbarkeit alternder Gesellschaften hängt unverbrüchlich davon ab, wie wirtschaftlich nachhaltig der künftig bereitgestellte Sozialschutz ist. Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille – ebenso wichtig ist die soziale Nachhaltigkeit einer alternden Bevölkerung. Wenn individuellen Wahlmöglichkeiten und Eigenverantwortung mehr Gewicht verliehen wird, wie lässt sich sicher stellen, dass es nicht zu einer Spaltung oder gar Destabilisierung der Gesellschaft kommt? Wie können Systeme der sozialen Sicherheit den Herausforderungen und Chancen der alternden Gesellschaft auf der ganzen Welt begegnen? Wie lässt sich die soziale Sicherheit der Bevölkerung effizient und gerecht gewährleisten? Die Zukunft der alternden Gesellschaften hängt davon ab, wie erfolgreich wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit in einem umfassenden Ansatz der sozialen Sicherheit vereint werden können.

Der vorliegende Beitrag umreißt zehn zentrale Fragen in Verbindung mit dem Altern, dem Sozialschutz und der Nachhaltigkeit und diskutiert sie vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen in der sozialen Sicherheit und in der Gesellschaft.¹ Diese zehn Fragen wurden aufgrund ihrer Relevanz für aktuellen Debatten und politische Entwicklungen ausgewählt. Angesichts der Vielschichtigkeit der davon berührten Themen und der Vielfalt der Probleme und möglichen Lösungen auf der ganzen Welt lässt sich eine gewisse Selektivität nicht vermeiden.

Der Beitrag prüft zunächst die Auswirkungen der Alterungsprozesse und den Spielraum für politisches Handeln und gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere in Bezug auf die Beschäftigungsförderung als Schlüsselement für die Bewältigung des auf den Systemen der sozialen Sicherheit lastenden demografischen Drucks. Letzterer lässt sich bewältigen, wenn er von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und

¹ Vgl. auch IAA (2001): *Social security: A new consensus*, Genf: IAA.

hohen Erwerbsquoten begleitet ist (1). Ein wichtiges unterstützendes Element ist die Umkehr des Trends zur Frühverrentung (2). Die dritte Frage betrachtet die enge Verbindung zwischen Beschäftigung und sozialer Sicherheit aus einer anderen Perspektive und diskutiert die Sicherung der Einkommen von Arbeitnehmern in prekären Beschäftigungsverhältnissen und im informellen Sektor, die häufig von der sozialen Sicherheit nicht oder nicht angemessen abgedeckt werden (3). Aus einer breiteren Perspektive wird diese Problematik in der vierten Frage aufgegriffen, die die Frage behandelt, wie viel Risiko der Einzelne bei der Altersvorsorge tragen kann (4). Auf der Einsicht gründend, dass ein stabiles Gleichgewicht zwischen individueller und kollektiver Verantwortung gefunden werden muss, wird im folgenden der Bedarf nach Sicherheit für die Einkommensvorsorge im Alter (5) und die Rolle des Staates für die soziale Sicherheit einer alternden Gesellschaft (6) diskutiert. Eng damit verbunden ist die Notwendigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter in Rentensystemen zu verbessern (7). Die negativen Effekte von Alterungsprozessen auf die Gesundheits- und Pflegesysteme kann durch eine umfassende Anpassungsstrategie abgedeckt werden, die zielgerichtete Reformen der Gesundheits- und Pflegesysteme und eine bessere Nutzung von Ressourcen in der Gesundheitsversorgung beinhaltet (8). Besondere Aufmerksamkeit verdienen die besonderen Herausforderungen durch alternde Bevölkerungen in Ländern mit geringen und mittleren Einkommen, von denen viele rasche demografische Veränderungen unter ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen bewältigen müssen (9). Schließlich wird als letzte Frage die Rolle der sozialen Sicherung als Voraussetzung für aktives Altern diskutiert (10).

1. **Beschäftigung: Der Schlüssel zu einer nachhaltigen sozialen Sicherung**

Zwar müssen die demografischen Veränderungen der kommenden Jahre als unvermeidlich akzeptiert werden; ihr Umfang und ihre Auswirkungen sind jedoch noch keineswegs eindeutig bestimmt. Es wird auch immer häufiger eingeräumt, dass dieser Wandel nicht unbedingt zu einer Katastrophe, wie düstere Prognosen über einen „Krieg zwischen den Generationen“ darlegen wollten, oder zum Bankrott öffentlicher Haushalte führen muss. Solche Szenarien sind nicht nur unangemessen, sondern unterschätzen auch das Anpassungsvermögen von Gesellschaften an Veränderungen, wie die folgenden drei Punkte zeigen.

1. Obwohl der allgemeine Trend zur Alterung der Bevölkerung offensichtlich ist, unterliegen Prognosen über demografische Veränderungen mehreren Beschränkungen. Kurzfristige Variationen bei den bestimmenden Faktoren der Bevölkerungsentwicklung wie Fruchtbarkeitsraten oder Migration können erhebliche Anpassungen der Projektionen erfordern.² Um dieser Ungewissheit Rechnung zu tragen, verwenden viele Prognosen alternative Szenarien, welche jedoch in politischen Diskussionen häufig übergangen werden. Da Bevölkerungsprognosen auf starken Annahmen beruhen, ist unabdinglich, auch deren Grenzen und das darin enthaltene Maß an Unsicherheit berücksichtigt werden.
2. Beschreibungen des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Drucks auf Systeme der sozialen Sicherheit beruhen oft auf dem Altersabhängigenquotienten oder dessen Kehrwert, der potenziellen Alterslastquote, die das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und der Zahl der älteren Personen abbilden. Diese Maßzahlen sind sehr ungenaue Indikatoren für die relevanten Prozesse, berücksichtigen sie doch nicht das tatsächliche Verhältnis von erwerbstätiger und nicht erwerbstätiger Bevölkerung.
3. Die erhebliche internationale Variation von Fruchtbarkeitsraten, Ruhestandsalter und Beschäftigungserfolg lassen vermuten, dass beträchtlichen Spielraum für politisches Handeln und gesellschaftliche Veränderungen gibt. Insbesondere der Arbeitsmarkt bietet bedeutende Möglichkeiten für proaktive Maßnahmen. Die

² Vgl. z.B. Pierre Concialdi (1999): *Demography, employment and the future of social protection financing*, Vortrag auf der Konferenz über Finanzierung des Sozialschutzes in Europa, Helsinki, 22.-23. November, 1999; Colin Gillion (2000): "Das Internationale Arbeitsamt zur Rentenreform", in *Internationale Revue für Soziale Sicherheit*, 53 (1), S. 43-75.

Nachhaltigkeit der öffentlichen wie privaten Rentensysteme wird im Wesentlichen von der künftigen Beschäftigungsentwicklung abhängen.

Die Förderung von Beschäftigung ist, zusammen mit wirtschaftlichem Wachstum, das Schlüsselement für einen nachhaltigen Sozialschutz. In einer neueren Studie vorgestellte empirische Daten legen nahe, dass das abnehmende Arbeitskräfteangebot infolge des demografischen Wandels wenigstens während der nächsten 25 Jahren zumindest teilweise durch höhere Erwerbsquoten ausgeglichen werden könnte.³ Vor allem europäische Länder bedürfen einer umfassenden Anpassung, um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf ihr Arbeitskräfteangebot auszugleichen. Wie die Untersuchung zeigt, könnte der Rückgang des Arbeitskräfteangebots in Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Großbritannien vermieden oder zumindest gemildert werden, wenn die Erwerbsquoten erheblich erhöht und durch etwas höhere Einwanderungszahlen flankiert würden. Im Falle Schwedens lässt die hohe Erwerbsquote dagegen nur noch wenig Raum für eine weitere Steigerung; ein Ausgleich des rückläufigen Arbeitsangebots würde daher eine Verdopplung der Zuwanderung oder eine Anhebung des Ruhestandsalters erfordern. Der Einbruch des Arbeitskräfteangebots in Japan ließe sich nur durch eine deutliche Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen (was durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen flankiert werden müsste) in Verbindung mit einer höheren Fruchtbarkeitsrate und verstärkter Zuwanderung ausgleichen. Im gleichen Sinn stellte der OECD-Chefökonom Ignazio Visco vor Kurzem Projektionen über das jährliche BIP-Wachstum bis 2030 vor, die mit einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum rechnen, wenn ältere Arbeitnehmer nicht vorzeitig in den Ruhestand eintreten und die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt. Auf diese Weise lassen sich steigende Rentenausgaben eindämmen.⁴ Die Beschäftigungsförderung könnte so die wirtschaftlichen Folgen der Alterung deutlich entschärfen und zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen.

Viele Länder haben jedoch eine lange Geschichte beständig hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung vorzuweisen, und es ist schwer abzusehen, wie diese Länder ihre Beschäftigungsniveaus nach Jahren gescheiterter Versuche der Senkung der Arbeitslosigkeit anheben könnten. Unterbrochene Erwerbsbiografien und relativ geringe Beschäftigungsniveaus, so wurde argumentiert, bildeten in vielen europäischen Ländern ein zusätzliches Hindernis bei der Bewältigung der alternden Bevölkerung. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter ohne

³ Peter McDonald und Rebecca Kippen (2001): "Labour supply prospects in 16 developed countries, 2000-2050", in *Population and Development Review* 27 (1), S. 1-32.

⁴ Ignazio Visco (2001): *Paying for pensions: How important is economic growth?*, Vortrag auf der Konferenz des Center for Strategic and International Studies über Managing the Global Ageing Transition: A Policy Summit for the Global Ageing Initiative, Zürich, 22.-24. Januar 2001, S. 23.

Beschäftigung ist, müssen die Beschäftigten für mehr nicht arbeitende Mitbürger aufkommen. Optimistischere Beobachter machten jedoch geltend, dass dies auch zu einem Vorteil werden könnte, wenn solche Arbeitskräftereserven in eine Quelle weiteren Beschäftigungswachstums verwandelt werden können, während es Ländern mit hohen Beschäftigungsniveaus schwer fallen dürfte, die Zahl ihrer Erwerbstätigen weiter zu steigern.⁵

Zudem gehen in einigen Wirtschaftssektoren vieler europäischer Länder hohe Arbeitslosenzahlen mit einem Mangel an Fachkräften einher – ein Problem, das sich noch verschärfen wird, sobald die geburtenstarken Jahrgänge das Ruhestandsalter erreichen. Der Erfolg der Beschäftigungsförderung hängt davon ab, inwieweit die Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (wieder)eingegliedert werden können. Dies erfordert zusätzliche Anstrengungen bei der Verbesserung von Schul- und Berufsausbildung, um eine bessere Abstimmung der Fähigkeiten und Kenntnisse Arbeitssuchender mit auf den Anforderungen des Arbeitsmarkts zu erreichen.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird häufig als Hauptentlastungsmöglichkeit für die demografischen Herausforderungen genannt. Wie das Beispiel der skandinavischen Länder zeigt, lassen sich hohe Fruchtbarkeitsniveaus mit hohen Frauenerwerbsquoten kombinieren, wenn Familien sich auf die Unterstützung durch Leistungen der sozialen Sicherheit, soziale Dienstleistungen und ein Arbeitsumfeld verlassen können, in dem Männer und Frauen ihr Berufs- und Familienleben leicht vereinen können.⁶ Allerdings darf sich eine wachsende Erwerbsbeteiligung nicht nur auf den Anteil der Bevölkerung auswirken, der einer bezahlten Beschäftigung nachgeht, sondern sie muss sich auch in der Menge der geleisteten Arbeit niederschlagen. Wenn die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen sich hauptsächlich in Teilzeit- oder marginaler Beschäftigung ausdrückt,⁷ können die positiven Auswirkungen einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung trotz nominal hoher Erwerbsquoten begrenzt sein.

⁵ Vgl. Constantinos Fotakis (2000): *Demographic ageing, employment growth and pensions sustainability in the EU: The option of migration*, Vortrag auf der Tagung der Sachverständigenkommission über Maßnahmen zur alternden Bevölkerung und zum Bevölkerungsrückgang (Policy responses to population ageing and population decline), New York, 16.-18. Oktober 2000, Vereinte Nationen.

⁶ Für einen internationalen Vergleich der Bedeutung von Maßnahmen zur Kinderbetreuung für die Berufstätigkeit von Müttern vgl. Janet C. Gornick, Marcia Meyers und Katherin Ross (1997): "Supporting the employment of mothers: Policy variation across fourteen welfare states", in *Journal of European Social Policy* 7 (1), S. 45-70.

⁷ Dies ist zum Beispiel in den Niederlanden der Fall, wo die Beschäftigungsquote der Frauen nach Arbeitszeit (in Vollzeitäquivalenten) niedriger ist als etwa in Frankreich, Deutschland oder Irland, obwohl in diesen Ländern ein geringerer Anteil der Frauen arbeitet (geringere unbereinigte Erwerbsquote). Vgl. Europäische Kommission (2000): *Beschäftigung in Europa 2000*, Brüssel, S. 86-100; Karl Hinrichs (2002): "Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Was kann man von wem lernen?", in Roland Sigg and Christina Behrendt (Hg.): *Soziale Sicherheit im globalen Dorf*, Bern: Peter Lang (im Erscheinen).

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen bietet nicht nur einen wirksamen Schutz gegen Armut von Familien im Erwerbsalter in Haushalten mit einem und mit zwei Elternteilen,⁸ sondern trägt auch zur Alterssicherung von Frauen bei. Infolge ihrer im Durchschnitt geringeren Löhne, häufig unterbrochener Erwerbsbiografien und der ungleichen Verteilung unbezahlter Arbeit erhalten Frauen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit eine beitragsorientierte Rente, und ihre Renten sind im Durchschnitt wesentlich niedriger als die von Männern.⁹ Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen hätte daher die doppelte Wirkung, sowohl das Zahlenverhältnis zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Mitgliedern der Gesellschaft als auch die Einkommenssicherheit von Frauen im Alter zu verbessern.

Zusammen mit wirtschaftlichem Wachstum ist die Förderung der Beschäftigung wahrscheinlich der wichtigste Einzelfaktor für die Sicherung der Zukunft einer alternden Gesellschaft. Die Nachhaltigkeit von Systemen der sozialen Sicherheit, wie auch von individueller Altersvorsorgeformen, hängt davon ab, ob die Gesellschaft erfolgreich, effizient und gerecht ein neues Gleichgewicht zwischen den erwerbstätigen und den nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen herstellen kann.

⁸ Vgl. Katja Forssén and Mia Harkovita (2002): "Familienpolitik, Arbeitsanreize und Erwerbstätigkeit von Müttern", in Sigg and Behrendt (2002), a.a.O.

⁹ Für eine Übersicht über die Gründe und umfassende empirische Daten über Renten von Frauen, vgl. Jay Ginn, Debra Street und Sara Arber (Hg.) (2001): *Women, work and pensions: International prospects*, Milton Keynes: Open University Press.

2. **Umkehr des Trends zur Frühverrentung**

Ein weiterer wichtiger Bestandteil einer Strategie zur Förderung der Beschäftigung ist die Umkehr des Trends zur Frühverrentung.¹⁰ Dies könnte hilfreich für eine Auflösung des Paradoxes sein, dass die gesetzlichen Rentenalter kaum an die steigende Lebenserwartung und den insgesamt besseren Gesundheitszustand älterer Menschen angepasst wurden. Dieses Paradox wird noch durch den zunehmenden Trend zu einem niedrigeren tatsächlichen Rentenalter verstärkt.

In vielen Ländern ist die Erwerbsquote älterer Personen, insbesondere älterer Männer, in den letzten Jahren stark zurückgegangen, so dass das durchschnittliche Rentenalter in der Praxis weit unter dem gesetzlichen Ruhestandsalter liegt. Würden die produktiven Fähigkeiten älterer Personen besser genutzt, hätte dies eine dreifach positive Wirkung auf die Nachhaltigkeit von Rentensystemen. Die von einer größeren Zahl von Arbeitskräften produzierten Waren und Dienstleistungen würden zum Wirtschaftswachstum beitragen; die Bereitstellung von Renten (und ähnlichen Leistungen wie Arbeitslosengeld und Behindertenrenten) würde aufgeschoben; und die zusätzlichen Steuereinnahmen und Beitragszahlungen würden zur Finanzierung der Renten und anderer Leistungen beisteuern. Tatsächlich ist die Anhebung des tatsächlichen Rentenalters in die Nähe des gesetzlichen Ruhestandsalter eine aussichtsreichere politische Option als die Anhebung des gesetzlichen Ruhestandsalters.

Dabei sind die Vorteile für die Nachhaltigkeit der Rentensysteme nur eine Facette der Umkehr des Trends zur Frühverrentung. Für viele bedeutet Beschäftigung nicht nur, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern auch ein produktives Mitglied der Gesellschaft zu sein. Viele Frührentner wollen nicht unbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, selbst wenn sie den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand als zweitbeste Alternative zur Arbeitslosigkeit freiwillig selbst gewählt haben. Viele Unternehmen nutzen die Frühverrentung als ein relativ billiges und sozial akzeptables Instrument, um ihre Belegschaft zu verkleinern. Aus gesellschaftlicher Sicht schlägt sich diese Strategie jedoch in hohen Kosten für die Finanzierung der Sozialleistungen und im Verlust von Humankapital und produktiven Fähigkeiten nieder.

Die Umkehr des Trends zur Frühverrentung würde auch eine wichtige Veränderung soziokultureller Verhaltensmuster und individueller Neigungen erfordern. In vielen Gesellschaften ist das frühe Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu einem wünschenswerten und akzeptablen Ziel geworden, selbst wenn keine gesundheitlichen

¹⁰ Vgl. James H. Schulz (2002): „Zur Fortentwicklung des Konzepts des „Ruhestands“: Ein Blick auf das Jahr 2050“, in *Internationale Revue für Soziale Sicherheit*, 55 (1), S. 99-124.

Einschränkungen oder Behinderungen vorliegen.¹¹ Solche Einstellungen sind mit verschiedenen Formen der Unzufriedenheit am Arbeitsplatz, wie auch mit einer negativen Haltung gegenüber älteren Mitarbeitern und deren Diskriminierung am Arbeitsmarkt verbunden.

Daher geht die Umkehr des Trends zur Frühverrentung mit einer Bekämpfung der Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt einher.¹² Häufig wird behauptet, ältere Mitarbeiter seien weniger produktiv sind als jüngere, jedoch übersieht diese Sichtweise gerne, dass ältere Mitarbeiter sich auf einen reichen Erfahrungsschatz stützen können, den sie im Laufe ihres Erwerbslebens gesammelt haben. Die weitverbreitete Unart, ältere Mitarbeiter zu entlassen, ist eine Verschwendung von Humankapital, das angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels in den kommenden Jahren fehlen wird. Viele Unternehmen und Regierungen erkennen jedoch immer häufiger, welche Vorteile es bieten kann, wenn ältere Arbeitnehmer eingestellt oder gehalten werden, und haben Maßnahmen ergriffen, um die Einstellung älterer Arbeitnehmer zu erleichtern.¹³ Die Förderung lebenslangen Lernens kann die ständige Anpassung und Aktualisierung der Fähigkeiten und Kenntnisse der Arbeitnehmer, einschließlich älterer Arbeitnehmer, unterstützen.

Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern mit Blick auf das Wohlergehen im Alter auch wünschenswert. Zusammen mit anderen Formen der Betätigung gilt Arbeit als eines der wichtigsten Mittel zur sozialen Integration in moderne Gesellschaften. Im besten Fall kann sie zur Integration in größere soziale Netzwerke, einem höheren Selbstwertgefühl und persönlicher Entfaltung sowie zu körperlichem und geistigem Wohlbefinden beitragen.¹⁴ Allerdings darf nicht vergessen werden, dass viele Formen der Arbeit sich infolge schlechter Arbeitsbedingungen und Stress negativ auf Gesundheit und Wohlbefinden des Einzelnen auswirken können. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Altersgruppen, wie sie von der IAO und anderen gefördert wird, ist daher eine eng verwandte Herausforderung.

Es soll allerdings nicht vernachlässigt werden, dass Behinderung und ein schlechter Gesundheitszustand für einige ältere Arbeitnehmer ein ernstes Problem darstellen. Die Förderung eines längeren Erwerbslebens sollte für Arbeitnehmer jedes

¹¹ Dies wird beispielsweise aus einer neueren Umfrage im Vereinigten Königreich ersichtlich, vgl. BUPA (2002): *Fit, willing and able? Is Britain ready for 2020? New MORI research says not*, www.bupa.co.uk.

¹² Vgl. Ali Taqi (2002): "Ältere Menschen, Arbeit und Chancengleichheit", in *Internationale Revue für Soziale Sicherheit*, 55 (1), S. 125-142.

¹³ Alan Walker (1999): *Managing an ageing workforce: A guide to good practice*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

¹⁴ Robert N. Butler, Mia Oberlink und Mal Schechter (Hg.) (1990): *The promise of productive aging*, New York: Springer.

Alters die individuellen Fähigkeiten berücksichtigen und eine angemessene Behandlung und Wiedereingliederung sowie Einkommenssicherheit vorsehen, falls die Teilnahme an einer bezahlten Beschäftigung nicht mehr fortgesetzt werden kann.¹⁵

Es gibt jedoch auch Gründe zu der Annahme, dass zukünftige Kohorten älterer Arbeitnehmer in vielen Industrieländern besonders gute Voraussetzungen mitbringen werden, um länger zu arbeiten als frühere Kohorten. Ihre höheren Ausbildungsniveaus und ihr besserer Gesundheitszustand im Vergleich zu ihren Vorgängern verleihen diesen Kohorten eine gute Ausgangsposition für ein aktives Leben bis ins hohe Alter, obwohl sich die Politik bisher erst langsam an diesen neuen Kontext anpasst.¹⁶ Eine umfassende Strategie für die Förderung und Unterstützung der Erwerbsbeteiligung würde älteren Arbeitnehmern mehr Gelegenheiten bieten und zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen.

¹⁵ Vgl. Frank S. Bloch und Rienk Prins (Hg.) (2001): *Who returns to work and why? A six-country study on work incapacity & reintegration*, New Brunswick: Transaction.

¹⁶ Vgl. Alan Walker (2002): "Eine Strategie für aktives Altern", in *Internationale Revue für Soziale Sicherheit* 55 (1), S. 143-166.

3. Die Herausforderungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse

Beschäftigung spielt nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen für Systeme der sozialen Sicherheit durch den demografischen Wandel, sondern sie hat auch eine wichtige Bedeutung für die soziale Absicherung des Einzelnen.¹⁷ Prekäre Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit und befristete Anstellungen, unterbrochene Erwerbsbiografien, Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne erhöhen das Risiko unangemessener Alterseinkommen und setzen die Einkommensunsicherheit im Alter fort. Da viele der jüngsten Rentenreformen in öffentlichen wie in privaten Rentensystemen die Verbindung zwischen Beiträgen und Leistungen und somit die Verbindung der Erwerbsbiografie mit der Höhe des Alterseinkommens gestärkt haben, wird diese Frage immer drängender.

Einkommenssicherung im Alter ein besonderes Anliegen für Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, in der Selbstversorger-Landwirtschaft und im informellen Sektor vor allem in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Arbeitnehmer im informellen Sektor genießen häufig keine sozialen Grundrechte und sind nur schlecht gegen aus Krankheit, Behinderung, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit und Alter erwachsende Notlagen geschützt. Die Ausweitung des Sozialschutzes auf diese Bevölkerungsgruppen würde die Gesamtwohlfahrt der Gesellschaft erheblich verbessern. Dies wäre nicht nur eine wesentliche Verbesserung der sozialen Sicherheit des Einzelnen, sondern könnte auch eine Ausweitung der Steuerbasis beinhalten, die sicher stellt, dass die Finanzierung der Sozialausgaben gerechter zwischen den Bevölkerungsgruppen verteilt wird. Die Ausweitung der sozialen Sicherung ist angesichts des Umstandes, dass sich der informelle Sektor in den letzten Jahren in vielen Ländern stark vergrößert hat, noch schwieriger, aber gleichzeitig auch zwingender geworden.

Die Bereitstellung eines angemessenen Sozialschutzes für Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen und im informellen Sektor ist ein grundlegender Faktor für die Verbesserung der sozialen Nachhaltigkeit der Einkommenssicherung im Alter. Ein wichtiges Element in diesem Zusammenhang ist eine Grundrente, die denjenigen Personen ein angemessenes Einkommen sichert, die keine Gelegenheit hatten, in ihrem Erwerbsleben ausreichend Ansprüche zu erwerben, wie der Madrider Internationale Aktionsplan zur Frage des Alterns und die regionale

¹⁷ Für eine ausführlichere Diskussion dieser Aspekte, vgl. die Beiträge in Hedva Sarfati und Giuliano Bonoli (Hg.) (2002): *Labour market and social protection reforms in international perspective*, Aldershot: Ashgate.

Umsetzungsstrategie für die Region der Wirtschaftskommission für Europa anerkennen. Eine solche Rente muss umsichtig gestaltet werden, und zwar entweder als Teil eines größeren Rentensystems oder als eigenständiges System. Dabei muss unbedingt sicher gestellt werden, dass die Höhe der tatsächlich bereitgestellten Rentenleistungen vor Armut schützt und auf lange Sicht einen angemessenen Lebensstandard im Alter sichert.

Während ein grundlegendes Sozialnetz zwar ein wichtiges Element einer umfassenden Sozialschutzstrategie ist, darf auch nicht vernachlässigt werden, dass diese Art von Systemen bestimmte Nachteile aufweist. Zum Beispiel gibt es stichhaltige Hinweise, dass zielgruppenorientierte Systeme für Bedürftige besonders stark der Gefahr von Leistungskürzungen und langfristig sinkender Leistungsniveaus ausgesetzt sind. Dies kann zu einer tief gehenden Spaltung der Gesellschaft in vom Staat abhängige Personen und in solche, die privatwirtschaftliche Formen der Altersvorsorge nutzen – was häufig als „zwei Nationen im Alter“ bezeichnet wird – kommen. Soziale Sicherungssysteme, die die Mittelschicht einbeziehen, sind auf lange Sicht wesentlich stabiler. Umfassende Bedürftigkeitstests, vor allem wenn sie besonders streng sind und stark in die Privatsphäre eingreifen, neigen dazu, einen Großteil der anspruchsberechtigten Bevölkerung aus Furcht vor einer Stigmatisierung und vor komplizierten Verwaltungsverfahren abzuschrecken. Ein angemessener Schutz vor Armut kann so nicht erreicht werden, selbst wenn solche Systeme gezielt auf die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden.¹⁸

¹⁸ Vgl. auch Alicia Munnell (2001): „Individuelle Konten oder Sozialversicherung: eine US-amerikanische Perspektive“, in Xenia Scheil-Adlung (Hg.): *Gestaltung der sozialen Sicherheit: Die Rolle der Privatisierung*, Bern: Peter Lang, S. 93-120.

4. Begrenzung von individuellen Risiken in der Altersvorsorge

Die Besorgnis über die Alterung der Bevölkerung wurde von einer heftigen Debatte über die finanzielle Nachhaltigkeit öffentlicher Rentensysteme begleitet und führte auf der ganzen Welt zu zahlreichen Rentenreformen. Viele neuere Rentenreformen versuchten die Wahlmöglichkeiten und Eigenverantwortung des Einzelnen in der Altersvorsorge zu stärken.¹⁹ Es wird allerdings oft übersehen, dass diese politische Veränderungen weitreichende Folgen für die Sicherung des individuellen Altereinkommens haben.

Jede Form der Altersvorsorge geht mit verschiedenen Arten von Risiken einher, die von den unterschiedlichen Rentensystemen unterschiedlich behandelt werden. Bei der Planung ihrer Einkommenssicherung für das Alter sehen sich Einzelpersonen drei Risikokomplexen gegenüber:

- Arbeitsmarktrisiken;
- Anlagerisiken; und
- dem Inflationsrisiko.

Arbeitsmarktrisiken umfassen alle Ereignisse, die die berufliche Laufbahn einer Person beeinträchtigen können. Zum Beispiel ist eine angemessene Altersvorsorge in prekären Beschäftigungsverhältnissen, bei unterbrochenen Erwerbsbiografien und direkt bei Arbeitslosigkeit schwierig. In ähnlicher Weise können Behinderung, ein schlechter Gesundheitszustand oder die Betreuung von Kindern oder gebrechlichen älteren Angehörigen den Einzelnen daran hindern, angemessene Ansprüche zu erwerben. Solche Arbeitsmarktrisiken können daher die Fähigkeit des Einzelnen zur Altersvorsorge entschieden beeinträchtigen.

Anlagerisiken umfassen den partiellen oder ganzen Verlust von Ersparnissen oder Anlagen infolge der Volatilität der Finanzmärkte oder durch den Konkurs eines Rentenfonds oder seines Trägers. Wertpapiererträge schwanken sogar bei relativ

¹⁹ Vgl. z.B. Monika Queisser (2001): "Privatisierung: Auf dem Weg zu einer individuelleren Wahl des Sozialschutzes", in Xenia Scheil-Adlung (Hg.): *Gestaltung der sozialen Sicherheit: Die Rolle der Privatisierung*, Bern: Peter Lang, S. 45-58.

konservativen Anlagestrategien stark.²⁰ Wie Modellrechnungen auf der Grundlage der historischen Entwicklung der Finanzmärkte zeigen, erschwerten es die enormen Unterschiede der Durchschnittserträge privater Rentensysteme einigen Rentnerkohorten wesentlich, sich ein gutes Auskommen zu sichern, obwohl sie den gleichen Sparbetrag und die gleiche Anlagestrategie vorweisen konnten wie andere Kohorten, die in den Genuss eines guten Lebensstandards im Alter kamen.²¹ Die Erträge der Zukunft sind ungewiss, aber die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Aktienmärkte, Probleme der Unternehmenssteuerung und -kontrolle sowie makroökonomische Entwicklungen machen es äußerst unwahrscheinlich, dass sich die außerordentlich hohen Erträgen der letzten Jahre fortsetzen.

Die Inflation bildet eine weitere Gefahr für die Einkommen im Alter. Während viele öffentliche Rentensysteme preis- oder lohnindexierte Renten bereit stellen, wird das Inflationsrisiko in den meisten privaten Rentensystemen voll vom Einzelnen getragen, da die meisten Privatrenten nicht inflationsindexiert sind.²² Modellrechnungen für die Vereinigten Staaten zeigen den Umfang der Kaufkraftverluste, die in den letzten Jahrzehnten auftraten, obwohl dieser Zeitraum nicht durch außergewöhnlich hohe Inflationsraten geprägt war. Der Realwert einer 1966 von einem 62-jährigen Arbeitnehmer beim Eintritt in den Ruhestand gekauften festen Jahresrente (Annuität) mit einem Anfangswert von 100 Prozent des früheren Verdienstes betrug mit 80 Jahren noch 31 Prozent und mit 90 Jahren nur noch wenig mehr als 20 Prozent.²³ In Ländern mit höheren durchschnittlichen Teuerungsraten kann der Wert eines festen Einkommens noch weiter abnehmen.²⁴ Es ist klar, dass die steigende Lebenserwartung wahrscheinlich von einer deutlichen Abnahme des wirtschaftlichen Wohlergehens von älteren Menschen begleitet sein wird, wenn das Inflationsrisiko vom Einzelnen getragen wird. Ältere und insbesondere die ältesten Menschen werden

²⁰ Gary T. Burtless (2000): *Social security privatization and financial market risk: Lessons from U.S. financial history*, Center on Social and Economic Dynamics Working Paper, Washington D.C.: Brookings Institution. Vgl. auch Max Alier und Dimitri Vittas (2001): "Personal pension plans and stock market volatility", in Robert Holzmann und Joseph Stiglitz (Hg.): *New ideas about old age security: Towards sustainable pension systems in the 21st century*, Washington D. C.: Weltbank, S. 391-423. Für einen internationalen Vergleich mit Deutschland, Japan und dem Vereinigten Königreich für den Zeitraum 1935-1995, vgl. Lawrence Thompson (1998): *Older and wiser: The economics of public pensions*, Aldershot: Avebury, S. 135-141.

²¹ Burtless (2000): a.a.O.

²² Da sich die Höhe der Teuerung nicht ausreichend vorhersagen lässt und die Einzelnen nicht unabhängig betrifft, ist eine effiziente Versicherung gegen Inflation nicht möglich. Vgl. Nicholas Barr (2000): *Reforming pensions: Myths, truths, and policy choices*, IMF Working Paper, Washington D.C.: Internationaler Währungsfonds, S. 22.

²³ Burtless (2000): a.a.O.

²⁴ Für einen vergleichenden Ausblick auf die Auswirkung der Teuerungsraten auf den Wert der Altersrenten vgl. Thompson (1998), a.a.O., S. 152-167.

höhere Risiken der Armut und Bedürftigkeit erfahren, was erhebliche Rückwirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes haben kann.

Wenn das Anlage- und das Inflationsrisiko allein vom Einzelnen getragen werden, ist das wahrscheinlichste Ergebnis ein hohes Niveau an Ungleichheit zwischen Rentnerkohorten und eine erhebliche Unsicherheit in Hinblick auf das wirtschaftliche Wohlergehen im Alter. Die mit diesen Vorsorgestrategien verbundenen Risiken können akzeptabel sein, wenn die Erträge ein zusätzliches Einkommen im Alter bereitstellen sollen und ein angemessener Lebensstandard bereits durch weniger volatile Formen des Ruhestandseinkommens gesichert ist. Wenn diese Ersparnisse jedoch die primären Bedürfnisse im hohen Alter decken sollen, machen die Volatilität und Ungewissheit der Erträge solche Strategien sehr fragwürdig.²⁵

²⁵ Munnell (2001): a.a.O., S. 93-120.

5. **Sicherung eines angemessenen Einkommens im Alter**

Die Förderung einer wichtigeren Rolle von privaten Altersrenten beruht weitgehend auf der Ansicht, dass private Rentensysteme höhere Erträge erzielen als öffentliche. Von anderen Problemen abgesehen, neigt diese Diskussion dazu, zu übersehen, dass hohe Anlageerträge nur ein Element der Qualität von Rentensystemen sind. Ebenso wichtig ist die Sicherheit des Alterseinkommens; Menschen sind nur an hohen Anlageerträgen interessiert. Er bedarf auch des Schutzes gegen das Risiko, im Ruhestand ohne ausreichende Ressourcen dazustehen. Wenn sie sich zwischen Ertrag und Sicherheit entscheiden müssen, wählen viel, vor allem Personen mit mittleren und niedrigen Einkommen, letztere Option.

Es ist bekannt, dass das Niveau der Sicherheit in kollektiven Formen der Versicherung, in denen die Risiken über größere Gruppen gestreut werden, ein hohes Ansehen genießen. In vielen Ländern unterstützt die Bevölkerungsmehrheit eine bedeutende Rolle der Sozialversicherung bei der Gewährleistung der Sicherheit des Alterseinkommens. So ergab etwa jüngst eine Umfrage in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, dass die öffentliche Unterstützung für eine starke Rolle des Staates bei der Sicherung des Alterseinkommens unverändert hoch ist.²⁶ Zwar bewirkt Umverteilung immer, dass einige Personen finanziell schlechter gestellt werden als ohne solche Systeme, dennoch wird aber das Maß an Sicherheit hoch geschätzt, selbst in Bevölkerungsgruppen, die eher zu den Nettozahlern zählen. Dies lässt sich auf zwei Arten erklären. Einerseits könnte diese scheinbar irrationale Haltung darauf hindeuten, dass der Einzelne nicht nur rein wirtschaftliche Interessen verfolgt, sondern den sozialen Zusammenhalt, Solidarität und Einkommenssicherheit höher einschätzt als seinen erhofften individuellen Finanzertrag. Auf der anderen Seite könnte die Unterstützung für die bestehenden Rentensysteme auch daher rühren, dass der einzelne Lebenslauf nicht geradlinig verläuft, sondern durch ein Auf und Ab sozialer Mobilität geprägt ist, und sich in Unsicherheit gegenüber zukünftigen Entwicklungen manifestiert. Die Präferenz für bewährte und vertraute Rentensysteme, die im Vergleich zu privaten Systemen geringere Risiken kennen, lässt sich auch als eine wohlüberlegte Strategie zur Risikobegrenzung verstehen.

Der wichtigste Bestandteil eines jeden Rentensystems ist eine angemessene Rolle für die Sozialversicherung. Renten sind stabiler und tendenziell gerechter, wenn

²⁶ Tito Boeri, Axel Börsch-Supan und Guido Tabellini (2001): "Would you like to shrink the welfare state? A survey of European citizens", in *Economic Policy* 16 (32), S. 8-44.

Risiken auf eine größere Gruppe verteilt werden können, und wenn das Ganze noch durch den Staatshaushalt in letzter Instanz gesichert wird.²⁷ Es ist mittlerweile weitgehend anerkannt, dass die Nachhaltigkeit von Rentensystemen im Aggregat nicht vom Finanzierungsmechanismus abhängt. Sowohl umlagefinanzierte als auch kapitalgedeckte Renten müssen aus dem laufenden Volkseinkommen bezahlt werden; es ist unmöglich, auf volkswirtschaftlicher Ebene Geldmittel für künftige Generationen „anzusparen“.²⁸ Bei der Verteilung von Ressourcen zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Bevölkerungsgruppen kommt der Sozialversicherung eine wichtige Rolle zu; kann sie doch einen angemessenen Schutz gewährleisten, selbst bei einer durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder wegen Erziehungs- und Pflege, Behinderung oder Krankheit unterbrochenen Erwerbsbiografie.

Während in privaten System die Risiken vom Einzelnen oder von einzelnen Kohorten getragen werden, können die Auswirkungen von finanzieller, arbeitsmarktlicher oder demographischer Risiken in öffentlichen Systemen auf eine große Zahl von Kohorten verteilt werden, die Beitragszahler und Rentenbezieher umfassen, und werden durch die Steuer- und Verschuldungsmacht des Staates in letzter Instanz gesichert. Die Streuung der Risiken kann somit die Unsicherheit der Rentenbereitstellung ausgleichen und die Einkommensverteilung im Alter erleichtern.²⁹

²⁷ Nicholas Barr (1998): *The economics of the welfare state*, New York: Oxford University Press; Barr (2000), a.a.O.; vgl. auch Peter Orszag und Joseph Stiglitz (2001): "Rethinking pension reform: Ten myths about social security systems", in Robert Holzmann und Joseph Stiglitz (Hg.): *New ideas about old age security: Towards sustainable pension systems in the 21st century*, a.a.O., S. 17-56.

²⁸ Thompson (1998): a.a.O.

²⁹ Burtless (2000): a.a.O.

6. Die sich wandelnde Rolle des Staates bei der Altersvorsorge

In vielen Ländern zählte es zu den wichtigsten Zielen von Rentenreformen, die Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Alterseinkommen zu reduzieren. Jedoch beendet die Privatisierung von Rentensystemen nicht die Verantwortung und Haftung des öffentlichen Sektors für die Einkommenssicherung im Alter. In dieser Hinsicht sind vier Aspekte von besonderer Bedeutung:

1. Selbst wo die Verwaltung und Finanzierung von Rentensystemen teilweise dem Privatsektor übertragen wurde, kommen öffentliche Institutionen nicht umhin, bei der Bereitstellung von Renten durch den Privatsektor und insbesondere bei der Regulierung und Aufsicht über die privaten Rentensysteme eine wichtige Rolle zu spielen, um ein Marktversagen zu verhindern. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert nicht nur umfassende Verwaltungskapazitäten, sondern geht auch mit erheblichen Kosten für den Steuerzahler einher.
2. In vielen Ländern sieht die Gesetzgebung vor, dass die Regierung oder staatlich finanzierte Institutionen eintreten müssen, wenn die Rentenkasse oder ihr Träger zahlungsunfähig sind, oder dass sie Garantiezahlungen leisten muss, wenn die Vermögenserträge bestimmte Vorgaben nicht einhalten. Diese Garantien wurden in einigen Ländern als Sicherheitsmaßnahmen eingeführt, um den Einzelnen vor den Marktschwankungen zu schützen und das allgemeine Vertrauen in die Systeme zu fördern. Selbst wenn solche rechtlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht existieren, kann politischer Druck die Regierung veranlassen, im Falle des Zusammenbruchs privater Rentensysteme einzuspringen.
3. Viele Länder haben Steuervergünstigungen für freiwillige oder obligatorische Altersvorsorgeformen eingeführt. Obwohl diese weit weniger sichtbar sind als direkte Ausgaben für öffentliche Renten, erreicht der Umfang der durch diese Steuernachlässe verursachten Einnahmeausfällen häufig einen beachtlichen Anteil an den Staatsausgaben. Zudem profitieren im Allgemeinen Besserverdiener stärker von Steuervergünstigungen als Niedrigverdiener.
4. Außerdem springen die Sozialhilfesysteme ein, wenn das Einkommen von Einzelpersonen aus irgendeinem Grund nicht ausreichend ist. In dieser Hinsicht haben die hohe Volatilität der Erträge bei marktorientierten Rentensystemen und die ungleiche Verteilung der Risiken einschneidende Folgen für die öffentlichen Sozialausgaben, denn in letzter Instanz müssen staatliche Sozialhilfesysteme eingreifen, um Personen mit einer unzureichenden Rente zumindest einen Mindestlebensstandard im Alter zu sichern.

Die von vielen Verfechtern der Rentenprivatisierung erwartete Senkung der Staatsausgaben fällt daher häufig wesentlich weniger deutlich aus als erhofft. Empirische Untersuchungen zu diesen Fragen gibt es bisher noch wenige, aber es gibt einige Hinweise, dass eine bedeutende Menge an Staatsausgaben einschließlich der Einnahmehausfälle zu den Direktausgaben für Renten hinzukommt.³⁰

Dem Wunsch, dem Einzelnen mehr Eigenverantwortung in der Altersvorsorge zu übertragen, steht die Notwendigkeit gegenüber, sicher zu stellen, dass das kurzsichtige Verhalten Einzelner der Gesellschaft keine zu große Last aufbürdet. Diese Frage ist relativ wenig umstritten, was den Umgang mit der "Kurzsichtigkeit" Einzelner bei der Altersvorsorge betrifft, aber wesentlich weniger eindeutig, wenn es darum geht, wie viel Risiko der Einzelne mit seiner Anlagestrategie tragen kann beziehungsweise soll, denn bei einem Versagen greift der Staat doch als letzte Sicherungsinstanz ein.

³⁰ Vgl. z.B. Gerard Hughes (2000): The cost and distribution of tax expenditure on occupational pensions in Ireland, in: The Economic and Social Research Institute: *Economic Problems of Ireland in Europe, The Thirty-First Geary Lecture*, 2000, Dublin: ESRI, S. 19-57.

7. Gleichstellung der Geschlechter in Rentensystemen

Die Frage der Gleichstellung der Geschlechter steht seit geraumer Zeit auf der Tagesordnung umlagefinanzierter einkommensabhängiger Rentensysteme, jedoch wurde dieser Frage in Bezug auf kapitalgedeckte Rentensysteme bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet.³¹

Die meisten Rentensysteme nach dem Kapitaldeckungsverfahren sind als Festbeitragssysteme gestaltet und berücksichtigen nicht besondere Umstände wie die Geburt eines Kindes und Familienverantwortung wie die Betreuung von Kindern und die Pflege einer gebrechlichen älteren Person, die häufiger von Frauen als von Männern wahrgenommen werden. Unterbrochene Erwerbsbiografien und niedrigere lebenslange Verdienste sowie lange Beitragszeiten in vielen betrieblichen Rentensystemen führen dazu, dass Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit an kapitalgedeckten Rentensystemen teilnehmen und im Ruhestand Renten beziehen. Wo dies doch geschieht, sind die Durchschnittsrenten von Frauen wesentlich niedriger als die von Männern.

Im Falle einkommensbezogener Umlagesysteme haben einige Länder Anrechnungszeiten für die Betreuung von Kindern durch Mütter und Väter oder für die informelle Pflege eingeführt. In letzterem Fall bezahlen bestimmte Länder (wie Deutschland) Rentenbeiträge für informelle Pflegepersonen aus der Pflegeversicherung. Wäre dies auch für private, kapitalgedeckte Rentensysteme möglich?

Eine weitere Komplikation ergibt sich in Bezug auf Gleichstellung und Gerechtigkeit bei der Berechnung von festen Jahresrenten (Annuitäten) und der Höhe der Beiträge in Rentenplänen. Viele Rentenpläne und Versicherungsgesellschaften verwenden geschlechtsspezifische Sterbetafeln für die Berechnung der Beiträge und Leistungen. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben, müssen sie höhere Beiträge bezahlen, um eine gleich hohe Monatsrente zu beziehen, und sie erhalten eine geringere Jahresrente für den gleichen investierten Kapitalbetrag. Diese Praxis wird mit dem Argument verteidigt, Männer und Frauen hätten eine unterschiedlich lange durchschnittliche Lebenserwartung, doch ist diese Begründung fragwürdig. Es ist bekannt, dass die Lebenserwartung einer Person von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängt, darunter aktuelle und frühere Gesundheitsprobleme, Kontakt mit schädlichen Substanzen, Beruf und Lebensstil. Von allen möglichen Faktoren ist das

³¹ Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Ginn, Street und Arber (2001): a.a.O.

Geschlecht wahrscheinlich am leichtesten zu beobachten, aber dies rechtfertigt nicht, diesen Faktor zu verwenden, um zwischen Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren. Eine wirklich gerechte Berechnung müsste eine wesentlich komplexere Einschätzung der Lebenserwartung einer Person treffen. So ist durchaus möglich, dass Arbeiterinnen eine geringere Lebenserwartung haben als männliche Angestellte, oder dass männliche Nichtraucher länger leben als weibliche Raucher. Die Verwendung von geschlechtsspezifischen Sterbetafeln ist daher nicht nur aus technischen Gründen schwer zu rechtfertigen, sondern auch und vor allem eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Einige Länder haben bereits Gesetze erlassen, um die Gleichbehandlung sicher zu stellen, und den Einsatz von diskriminierenden geschlechtsspezifischen Sterbetafeln nicht mehr zuzulassen, allerdings ist dies in vielen Ländern immer noch gängige Praxis.³²

³² Thompson (1998): a.a.O., S. 164.

8. **Sicherung von Gesundheitsversorgung und Pflege in einer alternden Bevölkerung**

Die alternde Bevölkerung wird voraussichtlich die Finanzierung der Gesundheits- und Pflegesysteme in der öffentlichen wie privaten Gesundheitsversorgung stark belasten. Angesichts einer Reihe zu berücksichtigender positiver Faktoren ist es nicht angemessen, Katastrophenszenarien vom Zusammenbruch aller Gesundheitssysteme heraufzubeschwören.³³ Diese Faktoren umfassen:

1. Es ist weitgehend anerkannt, dass der Bedarf an Gesundheitsleistungen und Pflege unabhängig vom Alter des Betroffenen in den letzten ein oder zwei Lebensjahren am höchsten ist.³⁴ Trotzdem beruhen viele Projektionen der Gesundheitsausgaben auf aktuellen Durchschnittsausgaben pro Kohorte und werden daher dem Umstand nicht ausreichend gerecht, dass eine höhere Lebenserwartung mit der Verlängerung der gesunden Lebensspanne einhergeht. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass die Alterung der eine weniger dramatische Kostensteigerung im Gesundheitswesen verursacht als häufig befürchtet.
2. Der anhaltende Trend zu Verbesserungen des Gesundheitszustands und das seltenere Auftreten von Behinderungen zusammen mit strukturellen Veränderungen in der Pflege (insbesondere das Ausmaß, in dem eine Institutionalisierung durch die Bereitstellung von Dienstleistungen zu Hause vermieden werden kann) kann in vielen Ländern zu wesentlich weniger ausgeprägten Steigerungen der Gesundheits- und Pflegekosten führen als häufig befürchtet.³⁵ Eine wirksamere und effizientere Organisation der Pflege durch die Einführung besonderer Sozialversicherungen oder sozialer Dienstleistungen könnte sich ebenfalls positiv auswirken.

³³ Für einige neuere Projektionen über Gesundheits- und Pflegeausgaben vgl. Stephane Jacobzone und Howard Oxley (2002): "Ageing and health care costs", in *Internationale Politik und Gesellschaft Online/International Politics and Society* 1/2002; Thai-Thanh Dang, Pablo Antolin and Howard Oxley (2001): *Fiscal implications of ageing: Projections of age-related spending*, OECD Economics Department Working Papers, Paris: OECD.

³⁴ OECD (1998): *Wahrung des Wohlstands in einer alternden Gesellschaft*, Paris.

³⁵ Stephane E. Jacobzone, Emmanuelle Cambois und Jean-Marie Robine (2000): "Is the health of the population increasing fast enough to compensate for population ageing?", in *OECD Economic Studies* 30, 2000/I.

-
3. Es gibt stichhaltige Belege dafür, dass demografische Veränderungen nur relativ geringe Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben haben und dass ein großer Teil der gestiegenen Gesundheitsausgaben auf die technologische Entwicklung, die Ausgaben für Arzneimittel und eine ineffiziente Bereitstellung von Gesundheitsleistungen zurückgeht. Da die Organisation von Gesundheitssystemen und ihre Finanzierungsarten eng mit den Kosten verbunden sind, müssen sie geprüft und gegebenenfalls als wichtiges Element für die Gewährleistung ihrer Nachhaltigkeit neu gestaltet werden. Einige Erfahrungen mit Gesundheitsreformen, unter anderem auch mit Managed Care, haben sehr positive Ergebnisse gezeigt, die möglicherweise für Reformen in anderen Ländern als Orientierung dienen können.³⁶

Angesichts dessen könnten die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf Gesundheitssysteme weniger dramatisch ausfallen, als häufig angenommen wird. Wesentlich ist insbesondere eine sorgfältige Überwachung der Leistungsfähigkeit der Systeme, um deren wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit künftig sicher zu stellen. Eine Evaluation von Gesundheitssystemen sollten daher einem umfassenden Ansatz folgen und sowohl den öffentlichen und den privaten Sektor abdecken, um herauszufinden, wie eine gerechte und kostengünstige Bereitstellung der Gesundheitsversorgung erreicht werden kann. In zahlreichen Ländern besteht ein großer Spielraum für eine Verbesserung der Effizienz bei der Bereitstellung von Gesundheitsleistungen bei gleichzeitiger Wahrung oder gar Verbesserung der Qualität. Umsichtig gestaltete Reformen mit dem doppelten Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit sind ein wesentliches Mittel zur Linderung des demografischen Drucks auf die Gesundheitssysteme.

Eine Verbesserung bei der Behandlung von Alterskrankheiten ist ein weiterer Faktor, der das Wohlergehen der älteren Menschen bessern und zu einem konzentrierteren Einsatz der Gesundheits- und Pflegeressourcen führen könnte. Wenn akute oder chronische Erkrankungen, die häufig in den letzten Lebensjahren auftreten (wie Alzheimer, andere Formen von Demenz und Herzkrankheiten), vermieden oder zumindest kontrolliert oder verzögert werden könnten, wäre dies ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Hierzu wären verstärkte Anstrengungen in Forschung und Entwicklung von Therapieformen und vorbeugende Maßnahmen, eine gesunde Ernährung, geistige und körperliche Betätigung und eine Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums nötig.

Der Zugang zu angemessenen Gesundheits- und Sozialleistungen ist fester Bestandteil der sozialen Sicherheit und eine wesentliche Voraussetzung für ein

³⁶ Vgl. die Beiträge in Aviva Ron und Xenia Scheil-Adlung (Hg.) (2001): *Gesundheitspolitische Innovationen in der sozialen Sicherheit*, Bern: Peter Lang.

produktives und aktives Altern.³⁷ In vielen Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen hat ein Großteil der älteren Personen keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch in einigen Industrieländern existieren erhebliche Lücken in der Gesundheitsversorgung. Eine Ausweitung der primären Gesundheitsversorgung für alle Altersgruppen ist ein wesentliches Element für verbesserte Lebensbedingungen älterer Menschen. Zusätzlich zu den unmittelbaren Auswirkungen auf die Volksgesundheit hilft die Abdeckung jüngerer Bevölkerungsgruppen, Krankheit und Behinderung vorzubeugen, und hat somit wichtige Langzeitauswirkungen auf die Gesundheit künftiger Kohorten älterer Menschen. Die wirksame Bereitstellung einer Gesundheitsversorgung ist auch Voraussetzung für die Beschäftigungsförderung und allgemeine Produktivitätsverbesserungen in der Wirtschaft.

Eine weitere dringende Frage ist die Verbesserung der Pflege für pflegebedürftige ältere Menschen. Es wird erwartet, dass demografische Veränderungen mit einem zunehmenden Bedarf an Pflege einhergehen. Weltweit wird die meiste Pflegearbeit von Familienangehörigen verrichtet. Eine effizientere Koordinierung zwischen formellen und informellen Formen der Pflege könnte helfen, eine Institutionalisierung zu vermeiden, die Pflegequalität zu verbessern und die Kosten zu senken. So könnten viele Pflegebedürftige zu Hause und länger unabhängig bleiben, was nicht nur kostengünstiger ist, sondern meist auch ihren individuellen Bedürfnissen und Wünschen entspricht.

Die Förderung häuslicher Pflege bedeutet nicht, dass die Verantwortung für das Erbringen von Pflegeleistungen an Individuen und ihre Familien abgewälzt werden soll. Wichtig ist insbesondere, den Umfang der benötigten Pflege sorgfältig abzuschätzen eingeschätzt und festzustellen, ob diese besser von formellen oder informellen Pflegepersonen oder einer Kombination von beiden erbracht wird. Sozialdienste spielen hier eine wichtige Rolle. Eine gute Qualität der häuslichen Pflege lässt sich nur sicher stellen, wenn sie an die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Pflegepersonen und der Pflegebedürftigen angepasst ist. Pflegenden Angehörigen können durch eine intelligente Koordinierung formeller und informeller Pflege, durch Trainingsangebote, praktische Hilfe und psychologische Hilfen unterstützt werden. Dies könnte zu einer besseren Qualität der erbrachten Pflege beitragen und ernststen Spannungen zwischen den Pflegepersonen und den Pflegebedürftigen vorbeugen.

Zudem ist es wichtig, die soziale Sicherung der Pflegepersonen zu verbessern. Informelle Pflegepersonen, meist Frauen, verringern häufig ihre Arbeitszeit oder geben eine bezahlte Beschäftigung auf, wenn sie die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger übernehmen. Daher ist es unerlässlich, sicher zu stellen, dass die

³⁷ Walker (2002): a.a.O., S. 143-166.

Pflegepersonen Zugang zu angemessenem Sozialschutz für ihre unmittelbaren Bedürfnisse (einschließlich Gesundheitsversorgung) und auf lange Sicht (Renten) haben. Die Übernahme von Pflegeverantwortung für pflegebedürftige Personen darf nicht mit mangelnder sozialer Sicherheit und dem Risiko der Altersarmut einhergehen.

9. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen

Die Alterung der Bevölkerung wird häufig als Problem der Länder mit hohem Einkommen verstanden, in denen die Bevölkerung bereits relativ alt ist. Dagegen wird angenommen, dass die meisten Länder mit mittleren und niedrigen Einkommen vor diesen Veränderungen relativ gut geschützt sind oder wenigstens wesentlich länger Zeit haben, bevor der demografische Wandel seinen Höhepunkt erreicht. Wie jedoch zahlreiche Beiträge zur Zweiten Weltversammlung zur Frage des Alterns zeigten, stehen viele Länder in nächster Zukunft vor einem bedeutenden soziodemografischen Wandel. Unabhängig vom Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung können sie die aus dem demographischen Wandel erwachsenden Herausforderungen nicht ignorieren, zumal diese Prozesse in einigen Ländern sehr rasch voranschreiten. Während es in den OECD-Ländern 150 bis 200 Jahre dauerte, bis sich der Altersabhängigenquotient von etwa 7,5 auf 15 Prozent verdoppelte, ist in einigen Ländern mit geringen und mittleren Einkommen mit einer Verdoppelung des Quotienten in weniger als 50 Jahren zu rechnen. Solche Veränderungen werden zu einem harten Test für die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Gesellschaft, insbesondere in Ländern mit rasch sinkender Fertilitätsrate.

Ansteckende und nichtansteckende Krankheiten wie die AIDS-Epidemie und Malaria setzen die Fähigkeit, die Alterung der Bevölkerung zu bewältigen, in mancher Gesellschaft noch stärker unter Druck. Wo die Erwerbsbevölkerung dezimiert wurde, ist die Produktionsfähigkeit der Gesellschaft erheblich vermindert und es fällt sehr viel schwerer, Kinder und pflegebedürftige ältere Personen zu unterstützen.

In vielen Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen schützen die Systeme der sozialen Sicherheit nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, und zwar meist die Staatsbediensteten und die Beschäftigten des formellen Arbeitsmarktes. Arbeitnehmer in informeller Beschäftigung haben häufig keinen Zugang zu Sozialschutzsystemen und rutschen ins Elend ab, wenn sie ihre Erwerbsfähigkeit vorübergehend oder auf Dauer verlieren. Die Ausweitung der sozialen Sicherheit auf diese Gruppen ist deshalb ein wesentliches Element für die Verbesserung des Wohlergehens solcher Arbeitnehmer, insbesondere in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Alter. Wirksame Sozialnetze, wie zum Beispiel durch universelle oder bedarfsgeprüfte steuerfinanzierte Grundrenten, können der Not von Personen ohne andere Ressourcen vorbeugen.

Traditionell sind für viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen die starken Familien- und Nachbarschaftsnetze, die ihren Mitgliedern Hilfe auf

Gegenseitigkeit bieten, eine wichtige Ressource. Solche Netze sind für die Bewältigung der Alterung der Bevölkerung wesentlich, vor allem in Ländern, in denen die formellen Systeme der sozialen Sicherheit nicht gut entwickelt sind, da sie Ressourcentransfers in Geld- und Sachleistungen von erwerbstätigen zu nichterwerbstätigen Gemeinschaftsmitgliedern gewährleisten. Diese Netzwerke beruhen wesentlich auf gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Während ältere Personen Geld, Nahrung und andere Güter erhalten, spielen sie eine wichtige Rolle in der Familie und Gemeinschaft.

Jedoch darf die Stärke und Widerstandsfähigkeit von Familien- und Nachbarschaftshilfen nicht überschätzt werden. Die zunehmende geografische Mobilität infolge von Urbanisierung und Migration, sich verändernde Familienstrukturen, Krankheiten, Naturkatastrophen, aber auch Unterbeschäftigung, Armut und Elend setzen die Leistungsfähigkeit von Netzwerken mit gegenseitiger Hilfe unter Druck. Daher ist fraglich, ob Familien und Gemeinschaften weiterhin stark genug sein werden, um für alle Mitglieder der Gesellschaft zu sorgen; wahrscheinlich wird ein wachsender Teil der Bevölkerung von solchen Formen der Unterstützung ausgeschlossen sein. Familien- und Gemeinschaftsnetze sind kein Ersatz für formelle Systeme der sozialen Sicherheit, aber im Zusammenwirken mit solchen Systemen bilden sie ein wichtiges Element einer umfassenden Sozialschutzstrategie. Formelle und informelle Unterstützungsmechanismen können sich gegenseitig stärken. Formelle Systeme können einspringen, wenn größere Notlagen auftreten, die die Selbsthilfefähigkeit überbeanspruchen würden, während diese Fähigkeiten gleichzeitig gestärkt werden. Ein kombinierter Ansatz kann somit eine Grundlage für einen Sozialschutz bieten, der Bedürfnisse und Fähigkeiten angemessen berücksichtigt. Ein gut ausgewogener Ansatz würde den Bedürftigen Transfers der sozialen Sicherheit und Dienstleistungen bieten, aber darauf achten, bestehende Unterstützungsnetze nicht zu stören. Zum Beispiel sollten Maßnahmen zur Kinderbetreuung ältere Personen nicht ihrer Rolle bei der Betreuung von Kleinkindern entledigen, sondern sie könnten sie vielmehr in die Erbringung solcher Dienstleistungen einbeziehen.³⁸ Dies ist ein Beispiel für einen innovativen Ansatz zum Aufbau von Sozialschutz in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen, der sowohl wirtschaftlich als auch sozial nachhaltig ist.

Die Besorgnis über die Nachhaltigkeit von Renten- und Gesundheitssystemen in Industrieländern sollten Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen nicht von deren Einführung abhalten. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Länder auf ähnlichem Entwicklungsniveau können Länder mit geringem und mittleren Einkommen Politiken der sozialen Sicherung einführen, die sich den länderspezifischen

³⁸ Vgl. Nana Araba Apt (2002): "Die Alterung und die veränderte Rolle von Familie und Gemeinschaft aus afrikanischer Sicht", in *Internationale Revue für Soziale Sicherheit* 55 (1), S. 45-54.

Besonderheiten anpassen. Selbst wenn die möglichen Politikoptionen begrenzt sind, wird zunehmend anerkannt, dass eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ein bestandsfähiges System der sozialen Sicherheit erfordert.³⁹

³⁹ Dies gilt beispielsweise für viele Länder Südostasiens, vgl. Ian R. Gough (2002): "Globalisierung und nationale Wohlfahrtsregime: der Fall Ostasiens", in Sigg und Behrendt (2002), a.a.O.

10. Soziale Sicherung als Voraussetzung für ein aktives Alter

Die Alterung der Bevölkerung ist mit Sicherheit ein Faktor, der die kommenden Jahre weltweit prägt. Gesellschaften müssen gangbare Wege eröffnen, um sich an diesen Prozess anzupassen. Das Konzept des aktiven Alterns wird häufig als positives Modell für die Zukunft genannt, was auch viele Beiträge anlässlich der Zweiten Weltversammlung zur Frage des Alterns bestätigten. Das Konzept, das in den vergangenen Jahren immer bekannter wurde, erkennt den Beitrag älterer Menschen zum Gemeinwesen an und ermuntert sie zu aktiver Beteiligung in allen Bereichen der Gesellschaft.⁴⁰ Die Weltgesundheitsorganisation definiert aktives Altern wie folgt:

Aktives Altern ist ein lebensbegleitender Prozess der Optimierung des körperlichen, sozialen und geistigen Wohlergehens. Ziel ist es, die gesunde Lebenserwartung, Produktivität und Lebensqualität auszudehnen.⁴¹

Ein wichtiger Bestandteil aktiven Alterns ist Beschäftigung; das Konzept umfasst jedoch auch unbezahlte Arbeit, Gemeinschaftsaktivitäten, Integration in soziale Netzwerke und Freizeitaktivitäten. Es steht in engem Zusammenhang mit körperlichem und geistigem Wohlbefinden, aber es geht weiter als der reine Begriff Gesundheit. Zwar stellt es vor allem die Integration von Menschen in die Gesellschaft in den Vordergrund, aber aktives Altern bedeutet auch Selbständigkeit, Würde und Eigenverantwortung des Einzelnen. Es muss erkannt werden, dass das Konzept aktiven Alterns nicht nur ältere Personen, sondern alle Altersgruppen betrifft.

In den kommenden Jahren wird die Gesellschaft zu einer „Gesellschaft des langen Lebens“ werden, in der sich die zunehmende Lebensdauer in einem im Laufe des Lebens wechselnden Gleichgewicht zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und in einem aktiveren Lebensabend als für die früheren Generationen ausdrückt.

Die soziale Sicherheit ist fester Bestandteil einer Strategie aktiven Alterns, denn sie garantiert einen angemessenen Lebensstandard für Personen, die infolge von Alter, Behinderung, Krankheit oder anderer Notlagen ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können. Die Angemessenheit und Sicherheit des Renteneinkommens ist ein wichtiger Bestandteil des Wohlergehens im späteren Leben, indem es den Menschen ermöglicht, ihr Alter ohne materielle Sorgen zu leben. Das Fehlen materieller Not für ältere Menschen ist eine grundlegende Voraussetzung für einen aktiven Lebensabend,

⁴⁰ Für einen Überblick über das Konzept aktives Altern und seine Bedeutung, vgl. Walker (2002): a.a.O., S. 143-166.

⁴¹ Weltgesundheitsorganisation (2002): *Health and ageing: A discussion paper*, Genf, S. 17.

aber genauso wichtig sind soziale Integration, gleiche Rechte und der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung und Pflege.

So wie sie sich um die älteren Menschen kümmert, sollte sich eine langlebige Gesellschaft auch um die jüngeren kümmern. Im Kontext einer alternden Bevölkerung ist es wichtiger denn je, Familien geeignete Gelegenheiten für die Betreuung und Erziehung von Kindern zu gewähren. Dies umfasst angemessene Geldmittel, um Familien vor Armut zu schützen, aber auch Zugang zu Erziehung, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung. Zwar ist ungewiss, ob eine umfassende Familienpolitik zu höheren Geburtenziffern beiträgt, aber es ist offensichtlich, dass ohne eine solche Politik keine Besserung zu erwarten ist. Daneben findet es in einer zunehmenden internationalen Wirtschaft immer mehr Anerkennung, dass die Ausgaben für Erziehung wesentliche Investitionen in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität sind.

Die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre ist die Gestaltung einer umfassenden Strategie zur Bewältigung der soziodemografischen Veränderungen. Diese Strategie sollte auf einer realistischen Beurteilung der Situation beruhen, die weder allzu pessimistische Katastrophenszenarien heraufbeschwört noch einfach weiter ihren Tagesgeschäften nachgeht. Die Alterung der Bevölkerung betrifft eine große Zahl von Politikbereichen, darunter den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft, die Erziehung, die soziale Sicherheit und das Gesundheitswesen, die meist von verschiedenen Akteuren gestaltet werden, unter verschiedene politische Zuständigkeitsbereiche fallen und jeweils ihrer eigenen Logik unterliegen. Ein Beispiel ist der vorzeitige Eintritt in den Ruhestand, der in vielen Ländern von Arbeitgebern zum Personalabbau genutzt wird, gleichzeitig aber Maßnahmen zur Eindämmung der Rentenausgaben entgegensteht. Eine umfassende Strategie sollte darauf abzielen, solche Widersprüche zu überwinden und in den kommenden Jahren einen wirksamen und in sich schlüssigen Ansatz zu fördern.

Gesellschaften haben in der Vergangenheit eine bemerkenswerte Fähigkeit gezeigt, sich an neue Umstände anzupassen, und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es für eine alternde Bevölkerung anders sein wird. Der Erfolg dieses Anpassungsprozesses hängt von der Fähigkeit ab, Beschäftigung und Produktivität zu fördern, und dabei die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, um eine faire und gerechte Gesellschaft für Personen jeden Alters sicher zu stellen.

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist eine internationale Organisation, in der Institutionen und Träger eines oder mehrere Aspekte der sozialen Sicherheit in den verschiedenen Ländern der Welt zusammengeschlossen sind, und dies unter besonderer Berücksichtigung aller Formen des gesetzlichen Sozialschutzes, die aufgrund der innerstaatlichen Gesetzgebung oder Praxis integrierender Bestandteil der Systeme der sozialen Sicherheit der betroffenen Länder sind.

Ziel der Vereinigung ist es, auf internationaler Ebene sich für die Verteidigung, Förderung und Entwicklung der sozialen Sicherheit auf der ganzen Welt einzusetzen. Sie wurde 1927 in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt (IAA) gegründet. Die IVSS zählt mehr als 360 Mitglieder in über 140 Ländern.

Viele IVSS-Tätigkeiten befassen sich direkt oder indirekt mit dem Problem des Alterns:

- Internationale Konferenzen, Tagungen und Seminare, und insbesondere die IVSS-Generalversammlung als wichtigstes Forum für den Gedankenaustausch zum Sozialschutz auf der ganzen Welt;
- Forschungstätigkeit, insbesondere vergleichende und zukunftsorientierte internationale Forschungsprojekte zur Qualitätsverbesserung der Systeme der sozialen Sicherheit und zu deren Anpassung an Probleme, denen sie sich stellen muss, so dass eine solide Wissensgrundlage für die Formulierung der Sozialpolitik und ihrer langfristigen Orientierungen geschaffen wird;
- Regionalaktivitäten, die eine wichtige Rolle bei der Identifizierung der jeweiligen Bedürfnisse von IVSS-Mitgliedsorganisationen in den verschiedenen Regionen spielen und dabei auch die Entwicklung geeigneter Aktionsmittel betreiben und die nötige technische Unterstützung zur Befriedigung der identifizierten Bedürfnisse fördern; und
- Informations- und Dokumentationsdienste, einschließlich der Datenbank "Soziale Sicherheit weltweit" und des IVSS-Dokumentationszentrums, mit einer umfassenden Sammlung von Veröffentlichungen und Dokumenten, die verschiedene Aspekte der sozialen Sicherheit einschließlich der Renten und Gesundheitsversorgung auf der ganzen Welt behandeln.

Für nähere Informationen besuchen Sie bitte die IVSS-Webseite:

www.issa.int